

Nr. XIX.GP-NR. 1358 1J
1995 -06- 2 2

ANFRAGE

der Abgeordneten Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz

betreffend Umsetzung des Krankenanstaltengesetzes im Bereich der PatientInnenrechte
durch die Länder

In der Umsetzung des Krankenanstaltengesetzes durch die Länder kommt es zu unterschiedlichen Standards und teilweise sogar zu gesetzeswidrigen Regelungen. So sieht z.B. der im Juli zu beschließende Entwurf des KAG Tirol keine psychotherapeutischen Versorgung, keine Supervision für Beschäftigte und keine unabhängige Patientenvertretung vor, obwohl dies im § 11 des Bundes-KAG vorgesehen ist. Dies führt zu verfassungswidrigen Verhältnissen, die aus Kostengründen auf dem Rücken der PatientInnen und Beschäftigten ausgetragen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

- 1.) Werden Ihrerseits alle Landes-KAGs auf ihre Übereinstimmung mit dem Bundes KAG überprüft? Wenn nein, warum nicht?
- 2.) In welcher Art und Weise werden Sie Einfluß darauf nehmen, daß gerade die Bestimmungen über Patientenrechte, psychologische Betreuung und Supervision in allen Ländern gesetzlich verankert werden?
- 3.) Werden Sie auf den Entwurf des Tiroler KAG im obigen Sinn Einfluß nehmen? Wenn nein, warum nicht?
- 4.) Wie steht es mit der Einführung der unabhängigen Patientenvertreter, der psychologischen Betreuung in den einzelnen Bundesländern?
In welchen Landes-KAGs fehlen sie?
- 5.) Durch welche Maßnahmen kann garantiert werden, daß die gesetzlichen Bestimmungen des Bundes KAG auch tatsächlich in den Spitäler eingehalten werden?

- 6.) Auf welche Art und Weise werden die PatientInnen über ihre Rechte und die Möglichkeit einer psychotherapeutischen bzw. psychologischen Betreuung im Krankenhaus informiert?
- 7.) Die Einführung des leistungsbezogenen Abrechnungssystems kann nur bei gleichzeitiger externer Qualitätskontrolle und Stärkung der PatientInnenrechte auf Information und Mehrfachkonsultation verantwortet werden. Wie gedenken Sie die Mündigkeit der PatientInnen zu fördern?